

# Energieszene Schweiz

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): **4 (1985)**

Heft 1: **Boden**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

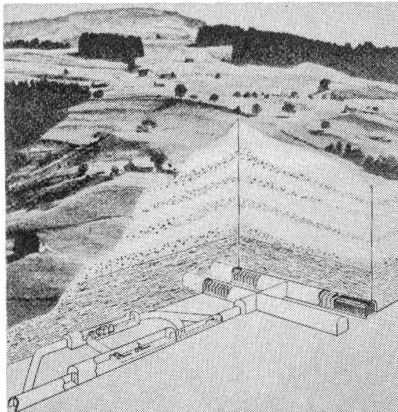
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



## Sicherheit abbauen

Der AKW-Supporterclub «Kettenreaktion» verlangt, dass das Alarmkonzept für Atomkraftwerke redimensioniert wird. Neuere amerikanische und deutsche wissenschaftliche Untersuchungen würden klar zeigen, so argumentiert «Kettenreaktion», dass die der Katastrophenplanung zugrunde gelegten Annahmen hinsichtlich der möglichen Menge von radioaktiven Spaltprodukten, die bei einem Unfall aus einem Reaktor entweichen könnte, mindestens zehn Mal zu gross gewesen seien. Nachdem in den letzten Jahren die behördlichen Auflagen für die Sicherheit immer nur gesteigert worden seien, ist es nach Ansicht von «Kettenreaktion» nun an der Zeit, die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu berücksichtigen und «eindeutig übertriebene Schutzmassnahmen» auf ein vernünftiges Mass zurückzuschrauben.

Über das, was nach Meinung von «Kettenreaktion» vernünftig ist, wird nichts gemeldet.



## Keine «Gewähr»

Die Nagra hat mit 20-tägiger Verspätung ihr sogenanntes Projekt «Gewähr» zu Händen des Bundesrates abgeliefert und der Öffentlichkeit vorgestellt. Sechs Jahre lang wurde geforscht, aber während dieser sechs Jahre wurden die Anforderungen an das Projekt «Gewähr» laufend nach unten angepasst. Zweifellos wird der Bundesrat, der ja auch Mitglied der Nagra ist, diesen Bericht gutheissen, sonst müssten ja die laufenden Atomkraftwerke in der Schweiz abgestellt werden.

Die «Schweizerische Handels-Zeitung» schreibt dazu, dass zum Nachweis für das Projekt «Gewähr» nach der Teilrevision des Atomgesetzes im Jahre 1979 nicht nur ausgearbeitete Projekte sondern auch mögliche Standorte und die Geologie der künftigen Lagerstätten gehören. Das Projekt «Gewähr» sieht nun allerdings davon ab, bereits heute, nach den jetzt praktisch abgeschlossenen Probebohrungen, im Mittelland einen Standort

festzulegen, wo die sichere Endlagerung hochradioaktiven Mülls möglich wäre. Die Schlussfolgerung im achtbändigen Nagra-Bericht beinhaltet, dass die endgültige Standortwahl bestenfalls in zehn Jahren erfolgen kann. Gewähr?

Für die Umweltorganisationen ist deshalb der Nachweis einer sicheren Endlagerung nicht erbracht.

## Basel: Stromverbrauch rückläufig

Im Kanton Basel-Stadt ist der Stromverbrauch im Jahre 1984 zurückgegangen, wenn auch nur um 0,04 Prozent. In der Region Basel ist er nur noch halb so stark angestiegen wie in der übrigen Schweiz: mit einer Verbrauchszunahme von 2,4 Prozent liegt er deutlich unter dem gesamtschweizerischen Mittelwert von 5,1 Prozent. Von den drei Versorgungsgebieten hat nur die Elektra Birseck Münchenstein (EBM) ungefähr die gleiche Stromverbrauchszunahme notiert wie die Schweiz, was damit zusammenhängt, dass diese Gesellschaft auch Gebiete im Kanton Solothurn und Bern versorgt, Kantone, die bekanntlich eine andere Energiepolitik betreiben als die beiden Basel.

## Auf die Pauke hauen

Kalte Winterwochen liegen hinter uns. Da ist es nur normal, dass die AKW-Betreiber kräftig auf die Propagandapauke hauen. Da sie als kurzfristige Sieger aus der Abstimmung hervorgegangen sind - langfristige Gedanken werden in diesen Kreisen ohnehin keine angestellt - glauben sie Aufwind zu haben. Die Sprache ist ziemlich deutlich geworden: Ohne Atomkraftwerke wären wir ohnehin erfroren. Zwar wurde per Saldo immer noch Strom exportiert, aber die kleinsten Importmengen werden bereits als lebensrettend dargestellt.

Auch die sattsam bekannte Mär von den Atomkraftwerken, welche den Wald - subito - zu retten vermögen wird fleissig herumgeboten. Die französischen Wälder sind zwar kein Beweis für diese Behauptung. Und dass der Wald jetzt stirbt, kümmert die Atomstrombetreiber in ihrer Argumentation nicht. Energiesparen, was die Umwelt massiv entlasten würde, das war sowieso nie ihre Aufgabe. Man wird sich doch nicht selber das Geschäft verderben...

## Kaiseraugst wird durchgestiert

Die Mehrheit der nationalrätlichen Kommission will den Bau des in der Region abgelehnten Atomkraftwerkes Kaiseraugst um jeden Preis durchstieren. Im Januar war Kommissionssitzung. Nach

Ansicht der Kommissionsmehrheit hat das Volk mit seinen wiederholten Entschieden an der Urne bewiesen, dass es die Atomkraft braucht und will. Die Kommissionsmehrheit fuhr die ganz harte Tour. Zur Diskussion standen auch die beiden Standesinitiativen Basel-Stadt und Baselland. Ganze 35 Minuten nahm sich die Kommission für die Landschäftler Initiative Zeit, welche einen Verzicht auf das AKW Kaiseraugst postulierte und schmetterte sie mit 17 zu 13 Stimmen ab. Für die Baselstädtische Initiative nahm man sich - allerdings mit dem gleichen Resultat - etwas mehr Zeit. Die Behandlung der drei Postulate, die mögliche Verzichtsverhandlungen verlangten, war nicht besser. Der FDP-Präsident Bruno Hunziker lehnte namens seiner Partei jeden Vorschlag in Richtung Verzicht auf Kaiseraugst ab. Deshalb müssen wir daran erinnern, dass Hunziker wieder im Verwaltungsrat der Motor Columbus sitzt. Die CVP-Vertreter behaupteten, dass Regierungen und Politiker in der Region Basel die Bevölkerung falsch informiere, ansonst gäbe es gar keinen Widerstand gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst. Die beiden Basler Standesinitiativen seien ohne politischen Stellenwert, höchstensfalls als Petitionen zu betrachten. Der Vorschlag von Nationalrat Franz Jaeger, allfällige Verzichtsverhandlungen seien ins Auge zu fassen, hatte beinahe eine Chance, dann aber machte Kommissionspräsident Stucky diese zunichte. Mit einem Trick schaffte er es, dass es zum Stichentscheid kam, und damit war auch dieser Zug abgefahren.

Im März aber wird über das Schicksal von Kaiseraugst entschieden, also auch über das Schicksal der Gemeinde Kaiseraugst, nicht nur über jenes des Atomkraftwerkes. Es ist nichts Gutes davon zu erwarten.

## «Geschwätz»

Der Aargauer Ständerat Julius Binder liess keinen Zweifel offen, was er zu Kaiseraugst beizutragen hat. Zitat: «Ich bin der Meinung, dass nun endlich das Geschwätz verstummen muss, dass Kernkraftwerk Kaiseraugst werde ohnehin nicht gebaut. Diese Frage muss rechtsstaatlich entschieden werden. Im Verlauf von fünf Jahren hat das Schweizer Volk in fünf Volksabstimmungen über die Energiepolitik, über die Kernenergie und zumindest indirekt auch über Kaiseraugst abgestimmt. In allen fünf Abstimmungen wurde zur Kernenergie grundsätzlich Ja gesagt.» Das «Geschwätz» über den Verzicht auf Kaiseraugst wurde zwar von Exponenten der Atomwirtschafts selber in Umlauf gebracht, aber das braucht Herr Ständerat Binder ja nicht zu erwähnen.